

Jeder und jede soll 10 Rappen pro Tag abliefern

Als einer von zehn Kantonen verlangt Solothurn eine Kopfsteuer. Daran ändert sich nichts.

Christof Ramser

Urs Hümbeli lässt nicht locker. Bereits im vergangenen Jahr scheiterte der Egerkinger, der einst für die Freiheitspartei im Aargauer Grossrat sass, in seiner Gemeinde mit seinem Kampf gegen das «Joch der Personalsteuer». Seine Motion, diese Steuer von 20 Franken ersatzlos zu streichen, hatte an der Gemeindeversammlung keine Chance.

Am Mittwoch debattierte nun der Kantonsrat über das gleiche Anliegen, bloss eine Staatsstufe höher. Denn Hümbeli hat 119 Unterschriften für einen Volksauftrag gesammelt mit dem Ziel, die Personalsteuer auf kantonalen Ebene abzuschaffen.

Als einer von 10 Kantonen zieht Solothurn eine sogenannte Kopfsteuer ein. Von allen Volljährigen werden pro Jahr fix 30 Franken eingezogen – oder 10 Rappen pro Tag, wie im Kan-

tonsrat vorgerechnet wurde. Damit wird laut dem Regierungsrat «der Grundsatz der Allgemeinheit der Steuer» verwirklicht. Will heissen: Jeder und jede soll einen Beitrag an das Gemeinwesen leisten und mithelfen, die öffentliche Infrastruktur zu zahlen.

Das spült in der Summe immerhin 6,2 Millionen Franken pro Jahr in die Staatskasse. Angesichts eines Milliardenumsatzes erscheint dies als kleiner Einnahmeposten, ist gemäss der Regierung aber ein «erheblicher Beitrag zur Finanzierung des Staatshaushalts».

Für Haushalte mit kleinem Budget zu verkräften

Urs Hümbeli sieht es anders: Die Kopfsteuer sei ursprünglich «unterworfenen Völker-schaften auferlegt worden in engem Zusammenhang mit der Unfreiheit». Aus seiner Sicht ist es «die gefühlloseste, ja unvollkommenste Art der Perso-

nalsteuer», weil sie nicht einkommensabhängig ist, sondern Geringverdiener überdimensioniert belaste.

Damit punktet er grundsätzlich bei der Linken. Da die Kopfsteuer nicht auf das Einkommen abstützt, sei diese nicht sozial, sagte Melina Aletti (Junge SP, Olten). Dennoch sei eine Abschaffung nicht angebracht, da der Kanton als Gemeinwesen weiterhin funktionieren müsse. Laura Gantenbein (Grüne, Solothurn) zog den Vergleich zu den Kopfprämien bei den Krankenkassen zwischen 300 und 500 Franken monatlich, wo der Handlungsbedarf viel grösser sei. «Dagegen stellen 30 Franken für Haushalte mit kleinem Einkommen nicht die Hauptbelastung dar.»

Ebenso entgegen den Erwartungen lehnt die SVP den Volksauftrag ab, jene Partei, die laut Matthias Borner (Olten) grundsätzlich für tiefe Steuern und

Gebühren einsteht. «Wir wollen aber keinen Gratisbürger», so Borner, sondern aufzeigen, dass staatliche Leistungen durchaus etwas kosten. Der Bürger solle so spüren, dass er nicht bloss Konsument, sondern Mitgestalter sei.

André Wyss (Rohr) verwies im Namen der Mitte-Fraktion schliesslich auf die «ungünstige Finanzlage» des Kantons. Der Ausfall von 6,2 Millionen müsste mit anderen Steuern oder einem Leistungsabbau kompensiert werden, was man nicht unterstützen könne. Nur gerade zwei Kantonsräte konnten sich für den Volksauftrag erwärmen, 84 erklärten ihn als nicht erheblich.

Übrigens fällt die Kopfsteuer im Kanton Solothurn auch kommunal auf breiter Ebene an. 69 von 107 Gemeinden ziehen sie von ihren Bürgerinnen und Bürgern in der Spannweite zwischen 10 und 50 Franken ein.

Stromproduktion: Priorität für grössere Projekte

Die Bewilligungsverfahren sollen beschleunigt werden.

Soll die Energiewende gelingen, muss der Zubau von Anlagen zur Stromgewinnung aus erneuerbaren Energiequellen forciert werden. Darauf zielt auch der sogenannte Mantelerlass des Bundes ab, über den am 9. Juni abgestimmt wird.

Auf kantonalen Ebene sollen dazu die Bewilligungsverfahren verkürzt werden, verlangte ein Auftrag der FDP-Fraktion. Die Freisinnigen wollten verbindliche maximale Behandlungsfristen für die «Bewilligungs- und Rechtsverfahren» setzen.

Gegen möglichst speditiven Verfahren hat niemand etwas, aber die explizite Forderung des FDP-Auftrags liess sich kaum umsetzen. Zum Beispiel kann der Kanton keinen Einfluss auf die Gerichte nehmen.

«Die Bewilligungsverfahren liegen nur zu einem kleinen Teil im Einflussbereich der Verwaltung», gab etwa Thomas Lüthi (GLP, Hägendorf) zu bedenken. Simon Esslinger (SP, Gempfen) warnte vor einem steigenden Risiko, dass bei entsprechendem Druck die Rechtslage bei Bauprojekten nicht mehr eingehend geklärt werden könnte. Und Pa-

trick Friker (Mitte, Niedergösgen) gab zu bedenken, dass es auch andere wichtige Projekte gebe, eine Sonderregelung für Stromerzeugungsanlagen schein ihm kritisch.

Die FDP schwenkte schliesslich ein und schlug statt zwingenden sogenannte Ordnungsfristen vor. Das seien quasi Zielvorgaben für die Behörden, erklärte Martin Rufer (Lüsslingen). Bei einer Überschreitung entstünden keine Rechtsansprüche, aber die Behörden müssten den Beteiligten die Gründe für die Verzögerung erläutern und das weitere Vorgehen aufzeigen.

Eine hauchdünne Mehrheit (48:46 Stimmen) konnte aber auch damit nichts anfangen. Man gab einer unverbindlicheren Fassung den Vorzug: Die involvierten Departemente und Ämter sollen angewiesen werden, die Verfahren bei «grösseren» Stromproduktionsprojekten prioritätär zu behandeln. Zumindest erreichte die FDP, dass es eine knappe Mehrheit (49:42 Stimmen) ablehnte, den Auftrag in dieser Fassung auch gleich als erledigt abzuschreiben. (mou)

Kanton will das Heft nicht in die Hand nehmen

Schulsozialarbeit In 61 von 107 Gemeinden können Primarschülerinnen und -schüler Sozialhilfe in Anspruch nehmen. Es sind niederschwellige Angebote für Kinder und Jugendliche, um deren Schwierigkeiten frühzeitig zu erkennen und so nachfolgende Dienste sowie Eltern und Lehrer zu entlasten. Damit sei Solothurn im Vergleich mit anderen Kantonen «steinezeitmässig unterwegs», sagte Simon Esslinger (SP, Gempfen) am Mittwoch im Kantonsrat. Auf Sekundarstufe wird Schulsozialarbeit immerhin in 102 Gemeinden angeboten.

Sowohl das Parlament als auch die Regierung sind sich weitgehend einig, dass die Angebote ausgebaut und Lücken in den Gemeinden geschlossen

werden sollten. Dennoch lehnt die bürgerliche Mehrheit einen Auftrag von Hardy Jäggi (SP, Rechterswil) ab, der Vor- und Nachteile sowie die Kosten einer flächendeckenden Schulsozialarbeit prüfen wollte. Dies sei ein kommunales Leistungsfeld, entsprechend solle man das Angebot den Gemeinden überlassen, so der Tenor.

Dies ist im Sinne des Einwohnerngemeindeverbands, wie Barbara Leibundgut (FDP, Bettlach) ausführte. Zwar sei Schulsozialarbeit eine gute Sache und lohne sich langfristig, weil sie teure Folgekosten abfedere. Eine weitere Prüfung sei aber nicht nötig, da die Gemeinden am Puls der Schulen seien und am besten wüssten, wo Unterstützung nötig sei. (cra)

SVP will Standesinitiative für Grenzkontrollen

Kriminaltourismus Mit ihrem Auftrag, der nächsten Woche behandelt wird, rennt die FDP offene Türen ein: Der Regierungsrat hat bereits Massnahmen angekündigt, um der Problematik delinquierender Asylsuchender zu begegnen. Zum Beispiel Verstärkung der Sicherheitsdienste und mehr Polizeipräsenz in und um Asylzentren.

Effektiv geht die massiv gestiegene Zahl von Einbrüchen und Diebstählen deutlich stärker auf das Konto sogenannter Kriminaltouristen als das von Asylbewerbern. Deshalb sei es genauso wichtig, diesen Kriminaltouristen «dringend das

Handwerk zu legen», so die SVP-Fraktion.

Sie hat nun ihrerseits einen Auftrag eingereicht, den sie dringlich behandelt haben will. Er verlangt die Einreichung einer Standesinitiative, die von den eidgenössischen Räten die (Wieder-)Einführung systematischer Grenzkontrollen fordert. Weil der grössere Anteil der Straftaten auf das Konto von Kriminaltouristen geht, müsse man hier den Hebel ansetzen, so Fraktionschef Beat Künzli. «In der Bevölkerung brodelt es, wir müssen schnell handeln», sagte er am Mittwoch zum Antrag auf Dringlichkeit. (mou)

Sonderschulen brauchen mehr Platz

Steigende Schülerzahlen bereiten dem Kantonsrat Kopfzerbrechen.

Urs Moser

Die heilpädagogischen Schulzentren in Olten und Balsthal brauchen dringend mehr Platz, vorerst für acht zusätzliche Klassen in Olten und vier Klassen in Balsthal. Um den Leistungsauftrag erfüllen zu können, sollen ab kommendem Schuljahr Flächen zugemietet werden. In Balsthal in einem Gewerbegebäude, in Olten steht das Hübelschulhaus zur Verfügung, das die Stadt nach Inbetriebnahme eines neuen Schulhauses im

Kleinholz vorderhand nicht mehr benötigt.

Der Bedarf und vor allem der dringliche Handlungsbedarf waren im Kantonsrat unbestritten, er hat die benötigten Mittel von total 498 000 Franken jährlich für die Zumietungen oppositionslos genehmigt. Sorgen macht man sich allerdings über die Umstände, die zur stetigen Zunahme von Kindern und Jugendlichen in sonderschulischen Einrichtungen führen. Zweifel herrschen auch, ob das Hübelschulhaus in Olten wirk-

lich ein Glücksfall für die kurzfristige Lösung des Problems ist.

Die brisante Zunahme der sonderbeschulierten Kinder gebe zu denken, meinte etwa Roberto Conti (SVP, Bettlach), das Projekt Optiso bringe offensichtlich nicht die erhofften Effekte. Von einem schwierigen Spagat zwischen bedarfsgerechtem Angebot und Kostendruck sprach Michael Kümli (FDP, Subingen). Man müsse den Ursachen für die steigenden Schülerzahlen auf den Grund gehen, forderte Nicole Hirt

(GLP, Grenchen). Die Mietkosten seien ja nur ein Teil, es werde auch mehr Lehrkräfte brauchen, gab André Wyss (EVP, Rohr) zu bedenken. Eine Vergrösserung der Klassen sei sicher keine Option, griff Janine Eggs (Grüne, Dornach) einer Finanzdebatte vor.

Wie auch immer: Es muss eine kurzfristige Lösung für das Platzproblem her. In Olten ist sie auf fünf Jahre befristet, möglicherweise meldet dann die Stadt Eigenbedarf für eine alternative Nutzung des frei werdenden Hübelschulhauses an. Ein Idealfall sei diese Übergangslösung, betonten Kommissions-sprecher Mathias Stricker (Bettlach) und Fraktionskollege Remo Bill (SP, Grenchen): Mitten in der Stadt, in akzeptabler Distanz zu den bestehenden Räumlichkeiten des heilpädagogischen Zentrums, keine baulichen Anpassungen nötig.

Diesen Frieden störte Matthias Borner (SVP, Olten). Er zitierte aus den Debatten in Olten zum Neubau eines Schulhauses als Ersatz für das alte Hübeli: Dieses genüge den Anforderungen an einen modernen Schulbetrieb in keiner Art und Weise mehr, hiess es damals: keine Gruppenräume, kein akzeptabler Pausenplatz, kein Raum für Schulleitung oder Elterngespräche etc.

Baudirektorin Sandra Kolly hielt allerdings an der Beurteilung fest, angesichts der Umstände eine optimale (Übergangs-)Lösung gefunden zu haben. Eine solche habe man sehr kurzfristig suchen müssen und die Schulleitung des heilpädagogischen Zentrums sei mit dem Angebot hoch zufrieden.



Das frei werdende Primarschulhaus Hübeli in Olten kann vorübergehend vom heilpädagogischen Schulzentrum genutzt werden. Bild: Bruno Kissling